

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die Entwicklung der weltpolitischen Lage erscheint zu Ende dieses Jahres in einem sehr bedeutenden Ausmaß unabgeklärt, und man kann auch nicht sagen, daß sich die Dinge innert Jahresfrist in entscheidendem Maße verschoben hätten. Noch immer ist es der große Gegensatz zwischen West und Ost, der die weltpolitischen Geschehnisse bestimmt und beherrscht, und es ist damit zu rechnen, daß diese grundlegende Problemstellung das Bild des kommenden Jahres ebenso gestalten wird wie es das zu Ende gehende gestaltete. Inzwischen bleiben aber die großen Fragen weiter ungelöst, wie sie, für das europäische Gebiet, durch das Problem Deutschland, für den Osten durch das Problem Japan bestimmt sind. Indessen sind nun auf wichtigen Gebieten einige Entwicklungen zu bemerken, durch welche die gegenseitigen Positionen näher umschrieben und fester eingezeichnet worden sind. So kann man jedenfalls heute von der Tatsache ausgehen, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, in die europäische Problemstellung mit vollem Einsatz einzutreten. Also wird man damit rechnen können, daß

der Marshallplan

am Ende auch in seiner langfristig bestimmten Fassung irgendwie Gestalt annehmen wird, nachdem die provisorischen Hilfsmaßnahmen für die am meisten in Anspruch genommenen europäischen Länder inzwischen in Kraft getreten sind. Allerdings kann dieser Feststellung nur grundsätzliche Bedeutung zukommen, so daß über das Ausmaß damit im einzelnen nichts ausgesagt wird. Denn das Jahr 1948 bringt in den Vereinigten Staaten

die Präsidentschaftswahlen

und damit die größte periodische Auseinandersetzung der Innenpolitik, und deren Rückwirkungen auf die Gestaltung der außenpolitischen Dinge im einzelnen lassen sich heute nicht abschätzen. Man wird demnach nicht über die Feststellung hinausgehen können, daß die politisch und wirtschaftlich am meisten in Anspruch genommenen europäischen Länder damit werden rechnen können, daß die Vereinigten Staaten sie nicht im Stich lassen. Wie sich aber diese zuversichtliche Perspektive im einzelnen gestalten, welche Formen sie annehmen und welche Konturen sie aufweisen wird, das kann man heute nicht sagen. Vielleicht ist es nun dieses Bewußtsein von der grundsätzlichen amerikanischen Entschlossenheit gewesen, Europa nicht im Stiche zu lassen, welches die Sowjetunion zu den Vorstößen veranlaßt hat, die sie in den vergangenen Wochen in

Frankreich und Italien

zweifelloos unternommen hat. Vielleicht wollte sie damit versuchen, dem Lauf der Dinge durch die Schaffung einiger vollendeter Tatsachen noch rechtzeitig eine andere

Wendung zu geben. Andererseits scheint es doch immerhin fraglich, ob von sowjet-russischer Seite solche Erwartungen wirklich gehegt worden sind, bzw. wie weit die große Macht des Ostens sich in die Entwicklungen der beiden umstrittenen Länder tatsächlich eingeschaltet hat. Schließlich ließe sich hierzu auch sagen, daß man über diese Einschaltung zwar eine Unmenge von Gerüchten und Vermutungen gehört, indessen irgendwelche einigermaßen reale Anhaltspunkte dafür nirgendwo gesehen hat. Und es scheint auch nicht ohne weiteres einleuchtend, daß

die Sowjetunion

ausgerechnet in dem Augenblick in Frankreich interveniert hat, wo die Kommunisten, ohnehin im Rückgang, mit einem Erfolg auf längere Sicht nicht rechnen konnten, dafür aber mit einiger Bestimmtheit am Ende eine Stärkung der gegen den Kommunismus gerichteten inneren und äußeren Elemente zu erwarten war. Dasselbe gilt in ganz besonderem Maße für den Fall Italiens, wo dem Bürgertum in der Position der Christlichdemokraten ein Mehrheitselement zur Verfügung steht, das aus verschiedenen Gründen ernstlich nicht mehr erschüttert, sondern höchstens noch gestärkt werden kann. Dort ist übrigens auch die zu erwartende äußere Reaktion bereits prompt eingetreten, nämlich mit der

Garantieerklärung Trumans,

wenn diese auch vorerst mehr psychologische Wirkungsmöglichkeit aufweist, da zu einer rechtsverbindlichen Garantie die Zustimmung des Senates erforderlich wäre, so weit sie wenigstens über den Friedensvertrag und die Bestimmungen der Satzung der Vereinten Nationen hinausgehen wollte. Und was Frankreich betrifft, so kann nach wie vor der Standpunkt eingenommen werden, daß es einer besonderen äußeren Intervention gar nicht erst bedarf, um dort Unruhen in Gang zu bringen, sondern daß dafür die innere Werbetrommel der kommunistischen Partei durchaus genügt, angesichts der nach wie vor restlos verzweifelten wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes. So wie sich die Dinge nach der vorläufigen Lösung dieses Konfliktes übrigens darstellen, darf man von einem

Erfolg der «Troisième Force»

sprechen, was der Beendigung dieser ziemlich kostspieligen Streitaktion immerhin eine recht erfreuliche Schlußperspektive aufsetzt. Sicher wird es auch den Amerikanern unter solchen Bedingungen leichter fallen, die vorerst provisorische Hilfe des Marshallplanes in Gang zu bringen, als wenn sich damit implicite eine Unterstützung des Generals de Gaulle verbinden würde. . .

Im Zuge der großen weltpolitischen Auseinandersetzung, der wir beiwohnen, und, wie die Dinge liegen, auch während des kommenden Jahres noch beiwohnen werden, wird zweifellos in den kommenden Monaten den

Fragen des Mittelmeers

eine ganz besondere Bedeutung zukommen. Darauf mag eben die provisorische Garantieerklärung Trumans an Italien hinweisen. Auch steht bereits wieder ein

verstärkter Einsatz der Vereinigten Staaten in *Griechenland* zur Diskussion, obwohl es dort um die Partisanen schon ziemlich still geworden ist. Sicher sind in diesem weiteren Bereiche der Mittelmeerzone interessante Entwicklungen im Anzug; auch die ungeklärte Lage in *Persien* mag man in gewisser Beziehung damit in Verbindung bringen, wie auch die Feststellung von Interesse ist, daß von den *englisch-ägyptischen Gegensätzen* seit längerer Zeit nichts mehr zu hören war. Sicher ist jedenfalls, daß der bedeutsame Entscheid der Vereinigten Nationen über

die Teilung Palästinas

diese Mittelmeerprobleme ins helle Rampenlicht rücken mag, wenn sie nicht, darüber hinaus, der Entwicklung der kommenden Monate des Jahres 1948 überhaupt ihren Stempel aufdrückt. Es läßt sich jedenfalls sagen, daß die hartnäckige Weigerung Englands, die Pflichten des Mandates über den 15. Mai 1948 auszuüben und seine anscheinend unwiderrufliche Absicht, die Truppen auf den 15. August 1948 zurückzuziehen, natürlich keineswegs einem «Verleider» oder ähnlichen Regungen, sondern ganz bestimmten politischen Absichten entspringt, — Absichten, die wahrscheinlich sogar ziemlich weit über die — immerhin naheliegende — Erwägung hinausgehen, daß das arabische Element aus Gründen der Zweckmäßigkeit mit Schonung zu behandeln sei. Man mag es in diesem Zusammenhang übrigens als einigermaßen symptomatisch werten, daß Frankreich trotz der ständigen belastenden Schwierigkeiten in seinen ausgedehnten Territorien Nordafrikas doch dem Palästinaentscheid zustimmte, — und daraus ersehen, wie stark dieses Land bereits in dem amerikanischen Fahrwasser schwimmt. Ob es sich bei der amerikanisch-russischen Einigung über die Teilung Palästinas wirklich um eine auf weite Sicht wohldisponierte Entscheidung der Vereinigten Staaten handelt, bleibe dahingestellt. Wer weiß, ob nicht die Administration Truman hier aus wahlpolitischen Gründen den

jüdischen Einflüssen

weiter nachgegeben hat, als es vielleicht vom Standpunkt der Lage in einigen Monaten zweckmäßig erscheinen mag? Jedenfalls sind jetzt die Russen in Palästina mit im Spiel.

Jann v. Sprecher.

Militärische Umschau

Ein großer Schaffer ist tot

Nur wenige Auserwählte dürfen mit gutem Gewissen sagen: *Pro patria con-sumor*. Der vor kurzem zu Grabe geleitete *Oberstdivisionär Jordi* durfte mit reinem Gewissen auf seinem Sterbelager sagen: *Pro patria consumptus morior*. Überarbeitung führte im Sommer 1936 zu einer ersten Herzattacke. Jordi erholte sich vollständig, aber während andere Leute eine solche Warnung berücksichtigen und sich Schonung auferlegen, tat er als ob nichts geschehen wäre und trieb auch wieder qualifizierten Sport wie früher. Die Mobilmachung und der große Aufgabenkreis der Abteilung für leichte Truppen zwangen seine Gewissenhaftigkeit zu unermüd-

lichem Einsatz. Das Ende des Aktivdienstes bedeutete kaum eine Erleichterung. Neben der normalen Tagesarbeit brachten organisatorische Probleme und Studien immer wieder neue Belastungen und zehrten an seinem robusten Körper. Eine unter tragischen Umständen in letzter Minute erfolgte Überbelastung überspannte den Bogen; in der nachfolgenden Konferenz brach Jordi zusammen und war ein totkranker Mann.

Seine gedrungene Gestalt und sein scharf gemeißelter Kopf stempelten ihn zu einem Hodlerschen Marignanokrieger. Er atmete urwüchsige Kraft. Er stieß an — mußte anstoßen. Er wollte kein «ausgeklügelt Buch» sein und blieb «ein Mensch mit seinem Widerspruch». Er verkörperte die in seinem Dikasterium vereinigten Waffen, die er sich ganz zu eigen gemacht: den passionierten Reiter — den schnellen Radfahrer — den schweren Panzer. Wer mit Jordi gearbeitet, wird und muß zeitlebens seine gerade Kämpfernatur, seine rastlose Einsatzbereitschaft, seine gewaltige Arbeitskraft und seine beispielhafte Aufopferung in lebendiger Erinnerung behalten.

Nochmals Personalabbau im Militärdepartement

Der Chef der Gruppe Festungswesen der Generalstabsabteilung, Herr *Oberst i. Gst. Rathgeb*, macht mit Schreiben vom 5. Dezember darauf aufmerksam, daß die in der «Militärischen Umschau» des Novemberheftes (Seite 591) angeregte Aufhebung der Kasernenverwaltungen von Airolo und Sargans bereits dieses Jahr vollzogen worden sei. Wir legen Wert darauf, unsere diesbezüglichen Ausführungen zu berichtigen und unserer lebhaften Genugtuung Ausdruck zu geben, daß die in Frage stehende Vereinfachung im Budget pro 1948 erstmals berücksichtigt ist.

Wie wir dem erwähnten Schreiben ferner entnehmen, besteht für die Waffenplätze Andermatt, Brugg und Wallenstadt, «wenigstens was das Festungswachtkorps anbelangt», die Notwendigkeit der Schaffung einer gleichen Organisation nicht. Wir glauben, daß diese Frage zum mindesten eingehend geprüft werden sollte. Die Erfahrungen in Airolo und Sargans müssen die Grundlage für weitere analoge Vorschläge bilden, denn wir sind nach wie vor überzeugt, daß im Militärdepartement durch Zusammenlegungen und Beseitigungen von Doppelspurigkeiten erhebliche Personaleinsparungen möglich sind, ohne die Schlagkraft der Armee im allergeringsten zu beeinträchtigen. Ja, diese Personalreduktionen würden nicht nur große finanzielle Ersparnisse zur Folge haben, sondern manche jetzt durch ein Nebeneinander hervorgerufene Friktionen beseitigen. In einem Augenblick, in dem das *Redressement National* in einer Eingabe als Sofortprogramm einen zwanzigprozentigen Abbau der Personalausgaben des Bundespersonals fordert, ist es doppelt wichtig, Personaleinsparungen von innen heraus systematisch anzustreben, denn nur dann ist ein auf genauester Detailkenntnis beruhendes sorgfältiges Abwägen möglich. Im allgemeinen ist auch in der Bundesverwaltung der gute Wille zu Personaleinsparungen vorhanden. Einsichtige Chefs müssen aber der in manchen Abteilungen vorhandenen Auffassung, gerade hier könne kein Mann entbehrt werden, durch von *oben* angeordnete Vereinfachung entgegenreten.

Der Holzwurm

In einer großen Tageszeitung wurde kürzlich behauptet, «die Kritik am Wehrwesen artete bisher nirgends in einen Angriff auf die Fundamente unserer Landesverteidigung aus». Es ist richtig, daß, abgesehen von den Blättern der P.d.A., gegen die Armee nicht so grobes Geschütz aufgeföhren wird, wie in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg 1914—18. Die damalige pazifistische Strömung und die im Zeichen des neu entstandenen Völkerbundes geforderte Abrüstung ermunterten viele unserer Leute, die Notwendigkeit der Landesverteidigung in Frage zu stellen, ja ein be-

kannter Schriftsteller behauptete sogar, an die Grenze gestellte, mit Blumen geschmückte Kinder könnten unser Land vor einem feindlichen Einmarsch bewahren. Heute würden alle Forderungen, welche die Notwendigkeit der Landesverteidigung als solche ablehnen sollten, auf taube Ohren stoßen. Wir dürfen aber anderseits die heutige Kritik an der Armee nicht mit leichtfertigen Optimismus abtun.

Es gibt eine gesunde, sachliche Kritik, bei der jeder objektive Betrachter, auch wenn er persönlich anderer Ansicht ist, zur Überzeugung gelangt, sie erfolge in guten Treuen und wolle unserer Armee nützen. Über eine solche Kritik wird sich jeder militärische Chef, der sich sicher fühlt, freuen. So gut wie ein vernünftiger Einheitskommandant dankbar ist für jede ihm gemeldete Unkorrektheit einer seiner Leute — denn nur dann kann er Entgleisungen vorbeugen —, so müssen auch im großen der Chef des Militärdepartements und die hohen Führer sachliche Kritik begrüßen, die aufbauend wirkt. Wir haben es ja miterlebt, wie schädlich sich jede Unterbindung der Kritik auswirkt. Aber «c'est le ton qui fait la musique». Da müssen wir nun feststellen, daß eine gewisse Kritik mit der Tätigkeit eines Holzwurmes zu vergleichen ist. Durch stetes Bekritteln, Lächerlichmachen und Gifteln wird das Fundament des Vertrauens unterminiert.

Die eigene Wege beschreitende Kritik der Blätter der P.d.A. können wir übergehen. Es entspricht ihrer Mentalität, unsere Armee in ihrer jetzigen Gestalt abzulehnen und eine jakobinische Armee anzustreben. Bedenklicher stimmen die Kritiken einzelner sozialdemokratischer Blätter, vor allem der «Berner Tagwacht», sodann der «Nation», des «Beobachter» und von «Volk und Armee». Vor uns liegen viele Dutzende Belege dieses Jahres, die alle bald nörgeln, bald höhnisch, bald giftig sind. Steter Tropfen höhlt den Stein. Man steht unter dem Eindruck, daß einzelne hochgestellte Persönlichkeiten gewissen Personen ein Dorn im Auge sind und die Kritik vielfach von der Absicht getragen ist, deren Stellung zu unterhöheln. Wenn speziell dem Chef des E.M.D. vorgeworfen wird, er unterbinde jede Kritik seitens der Offiziere, möge man bedenken, daß in keiner Armee der Welt aktive Generalstabsoffiziere so frei von der Leber weg reden dürfen wie bei uns. Sowohl der Chefredaktor von «Volk und Armee» als auch einer seiner engsten Mitarbeiter sind, laut Offiziersetat, als Generalstabsoffiziere in der Armee tätig. In ihrer Oktobernummer vom Jahre 1946 veröffentlichte die Zeitung die Namen des Patronatskomitees. Es befinden sich darunter zwei aktive Heereseinheitskommandanten. Wenn unsere Armee wirklich so schlecht geführt wird, so viel Ballast mitschleppt und so viele Torheiten duldet wie «Volk und Armee» behauptet — warum ziehen dann die erwähnten Mitglieder des Patronatskomitees nicht die Konsequenz? Für einen verantwortungsbewußten Offizier gibt es kein *hüst und hott*.

Man hat früher oft mit Recht einzelnen Kommandanten den Vorwurf gemacht, sie würden bei Übungsbesprechungen und Besichtigungen nur das Negative hervorheben; die Betonung des Positiven sei aus psychologischen und pädagogischen Gründen notwendig. Ähnlich liegt die Situation bei der Behandlung militärischer Belange in der Presse. Warum verschweigen die erwähnten Blätter das viele Positive, das in der Armee auch dieses Jahr geleistet wurde? Es mögen nur einige wenige Beispiele genannt werden: in den gesetzwidrig verkürzten Wiederholungskursen wurde, dank planmäßiger Arbeit, das Bestmögliche, ja positive Aufbauarbeit geleistet, so daß übereinstimmend aus allen Landesteilen Meldungen vorliegen, wonach auch Unteroffiziere und Mannschaften die Durchführung der gesetzlichen dreiwöchigen W.K. als eine Notwendigkeit bezeichnen, — die Umbewaffnung der Feldartillerie — wirkungsvolle Neuerungen im Sanitätsdienst der Rekrutenschulen — die Abänderung der Militärorganisation und die Revision der Truppenordnung — die zweckmäßige Neuorganisation des Flieger-Beobachtungs- und Meldedienstes, der Fliegerabwehrtruppe und des Traindienstes — der Ausbau der Flabschießplätze — die Einführung der Vampire-Düsen-Jäger — die Besserstellung des Instruktorennachwuchses — eine vortreffliche Vorschrift über Truppenverpflegung — das Urteil von

de Lattre de Tassigny und des holländischen Generalstabschefs, die beide über den inneren Gehalt unserer Truppe und den Stand der Ausbildung sichtlich tief beeindruckt waren. — Hinsichtlich der von gewisser Seite immer wieder geforderten Gesamtkonzeption der Landesverteidigung sei nachdrücklich daran erinnert, daß sich der Bundesrat schon zu Beginn dieses Jahres in seinem Bericht zum Bericht des Generals sehr eingehend über die Ausgestaltung der Armee geäußert hat. Am 10. Dezember sagte Bundesrat Kobelt im Nationalrat: «Eine Gesamtkonzeption für alle militärischen Maßnahmen ist längst ausgearbeitet worden. Sie muß indessen stets der technischen Entwicklung angepaßt werden; eine neue Festlegung der maßgebenden Richtlinien wird zurzeit ausgearbeitet» (N.Z.Z., Nr. 2477). Im übrigen ist in keinem Staat die Verwertung der Kriegserfahrungen völlig abgeschlossen, in keinem Staat ist man sich über die unberechenbaren Folgen unwälzender technischer Erfindungen völlig im klaren.

Neuerdings regt sich auch wieder der *religiöse Antimilitarismus*. Diesen Sommer nahm die Bündner Synode Stellung gegen die «auf die Dauer untragbare Höhe und zum Teil auch kaum verantwortbaren Ausgaben für das Militärwesen» und die «versuchte Militarisation unserer Jugend unter dem Deckmantel der körperlichen Ertüchtigung»; sie forderte die Einführung der Zivildienstpflicht (E.P.D. 9. Juli 1947). Sonntag, 9. November, wurde vor dem Gottesdienst in St. Jakob in Zürich ein polemischer Weckruf des kirchlichen Friedensbundes der Schweiz verteilt und ausgerechnet im Zwinglikalendar für das Jahr 1948, der als Titelblatt das Bild des streitbaren Reformators trägt, wird «der dämonische Zwang zum Militär- und Kriegsdienst, dem kein körperlich Gesunder entrinnen kann . . .» geißelt.

Es genügt nicht, eine unserer Armee schädliche Kritik zu verurteilen, es ist notwendig, die bohrende Tätigkeit des Holzwurmes abzuwehren.

Eine Zeitschrift erlischt

Alle, denen ein kultiviertes Schrifttum am Herzen liegt, werden es lebhaft bedauern, daß die «*Schweizerische Monatsschrift für Offiziere aller Waffen*» auf Ende des Jahres ihr Erscheinen einstellt. Die Angliederung eines kriegswissenschaftlichen Teils an die «*Allgemeine Schweizerische Militärzeitung*» kann keinen vollwertigen Ersatz bilden, trotzdem deren Redaktion in der Person von *Oberstleutnant i. Gst. Georg Züblin* einer vorzüglichen Kraft übertragen wird. Man erinnert sich, daß sich der in den Jahren 1920 bis 1925 gemachte Versuch, die Monatsschrift als Beilage der «*Allgemeinen Militärzeitung*» unter dem Titel «*Schweizerische Vierteljahresschrift für Kriegswissenschaft*» herauszugeben, nicht bewährt hat.

Die im Jahre 1889 von Oberst Hungerbühler gegründete Monatsschrift wollte, wie im Vorwort ihrer ersten Nummer ausgeführt ist, «keineswegs eine die Tagesfragen und Tagesneuigkeiten der militärischen Welt ihren Lesern in knappen Artikeln und kurzen Mitteilungen rasch vermittelnde Zeitung sein». Sie beabsichtigte auch nicht «das vorzugsweise technische Gebiet zu betreten, auf welchem die den Spezialwaffen und -branchen dienstbaren Zeitschriften tätig sind». Sie nahm sich vielmehr vor, «eine mit dem Lauf der Zeit Schritt haltende, ihren wechselnden Bedürfnissen Rechnung tragende militärwissenschaftliche Sammlung der wertvolleren Produkte der in unserem Offizierskorps unterhaltenen Geistesarbeit» zu sein. Sie wollte «die Mitte halten zwischen journalistischer und Bücherliteratur». — Diese Richtlinien hat die Zeitschrift in ihrer 59jährigen Tätigkeit getreulich eingehalten. Durch Beiziehung gediegener ausländischer Autoren hat sie ihr Niveau im Laufe der Zeit erhöht. Der seltene Wechsel der Redaktoren: Hungerbühler - Fisch und wieder Hungerbühler - Feldmann - Schumacher sicherte eine große Konstanz. Die jetzige Führung durch *Oberstdivisionär Schumacher*, dessen historische, schriftstellerische und menschliche Qualitäten unbestritten sind, bildete eine Garantie für das hohe

Niveau der Zeitschrift, die ein *wissenschaftliches*, den Tageskämpfen entrücktes Organ bildete. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft zählt über 20 000 Mitglieder, aber wir leben im Zeitalter der Rationalisierung. Sie hat gewiß ihre guten Seiten; im vorliegenden Fall berührt uns jedoch ihre Anwendung schmerzlich. Unsere Geisteskultur erleidet einen empfindlichen Verlust.

Miles.

Die «verbesserte» Finanzreform des Bundesrates

Am 27. November 1947 wurde von der Landesregierung ein grundsätzlichen *Vorentscheid* über die Bundesfinanzreform getroffen. Die diesbezügliche offizielle Mitteilung der Bundeskanzlei lautete:

«Der Bundesrat hat zu einigen weiteren Fragen der Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes Stellung genommen und erwartet den Entwurf zur Botschaft auf Ende des Jahres. Der Bundesrat hat damit einer zeitlich begrenzten, auf den Zweck der Kriegsschuldenverzinsung und -amortisation beschränkten, in der Belastung wesentlich gemilderten Wehrsteuer (ohne Ergänzungssteuer vom Vermögen) zugestimmt. Der Bundesrat wird die eidgenössischen Räte ersuchen, die Priorität festzustellen und die Kommissionen in der Dezembersession zu wählen».

Bereits in der Frühjahrssession wird nun mit der parlamentarischen Beratung der Finanzreform im *Ständerat* begonnen, so daß voraussichtlich im Jahre 1949 der Souverän zu dieser wichtigen Materie Stellung nehmen kann. Das vom eidgenössischen Finanzdepartement errechnete und vom Bundesrat im Prinzip gutgeheißene *Zukunftsbudget*, das die quantitative Grundlage für die Bundesfinanzreform darstellt, weist gegenüber den Beschlüssen der Expertenkommission folgende Abweichungen auf:

<i>Ausgaben:</i>	laut Experten- kommission	laut bundesrät- lichem Entscheid
Schuldendienst (Schuld wird um 2 Milliarden Fr. weniger anwachsen, als von den Experten errechnet)	443	346
Zivilverwaltung	182	192
Landesverteidigung	300	400
Bundesbeiträge inklusive AHV	262	262
Außerordentliche, unvorhergesehene Ausgaben	113	150
	Total 1300	1350
 <i>Einnahmen:</i>		
Zölle	300	330
Wehrsteuer	210	180
Warenumsatzsteuer	315	330
Allgemeine Getränkesteuer	60	40
Biersteuer	10	15
Ausgleichsteuer	—	7
Übrige Steuern	233	260
Überschuß der Alkoholverwaltung	8	10
Reinertrag der Nationalbank	—	4
PTT-Überschuß	75	50
Vermögensertrag	36	39
Andere Einnahmen	53	85
	Total 1300	1350

Zu diesen budgetierten Zahlen haben wir außerordentlich große Vorbehalte zu machen. Ohne in extenso auf die einzelnen Positionen einzutreten, möchten wir vorläufig lediglich die klar auf der Hand liegenden *Einsparungsmöglichkeiten* erwähnen, mit denen sich der Bundesrat offenbar nicht oder wenig befaßt hat.

Die *Schulden* dürfen selbstverständlich nicht mit dem heutigen Stand angenommen werden, der ohne Tilgung gegenüber den Expertenschätzungen um zwei Milliarden Fr. kleiner sein wird. Wenn in den verbleibenden zwei Jahren bis zur Bundesfinanzreform nicht mindestens 500 Millionen Fr. amortisiert werden können, dann gehören alle Tilgungsversprechen zum vorneherein in das Bereich der politischen Schlagworte. Wir erinnern lediglich an die heutigen nie wiederkehrenden Steuereingänge, die auf die beispiellose Hochkonjunktur und Geldentwertung zurückzuführen sind und an die Tatsache, daß auf besonderen Konten nicht benötigte Rückstellungen von Verrechnungssteuer- und Kriegsgewinnsteuer-Eingängen in der Höhe von mindestens 200 Millionen Fr. liegen müssen, die zur Tilgung heranzuziehen sind.

Bei den *Subventionen* bestehen offenbar ebenfalls Sparmöglichkeiten, die sogar von den direkten Nutznießern dieser Bundesgelder zugegeben werden. 1946 betragen die ordentlichen Subventionen übrigens 19 Millionen Fr. weniger als vom Bundesrate für 1950 veranschlagt wird.

Völlig unverständlich ist eine gegenüber den Experten budgetierte *Erhöhung der Personalaufwendungen* um 10 Millionen Fr., was wieder einmal mehr beweist, daß das Beharrungsvermögen der Bundesbürokratie vom Bundesrate stillschweigend hingenommen wird. Ohne rigorose Sparmaßnahmen lassen sich die Ausgaben der erwähnten Positionen insgesamt um mindestens 45 Millionen Fr. senken.

Mit Recht wurde in bezug auf die *Zolleinnahmen* eine sehr vorsichtige Haltung eingenommen, da die Zölle nicht oder nur sehr beschränkt nach fiskalischen Gesichtspunkten festgesetzt werden können. Immerhin müssen die um $7\frac{1}{2}$ Prozent gestiegene Wohnbevölkerung und die beachtenswerte Erhöhung des Volkswohlstandes, welche Faktoren einen *vermehrten Einfuhrbedarf* nach sich ziehen, bei den Berechnungen ebenso berücksichtigt werden wie die stark zugenommene Motorisierung der gesamten Wirtschaft, die einen größeren Brennstoffimport bedingt.

Auch die Tatsache, daß sich die vor dem Kriege vollzogene Zollerhöhung auf Kristallzucker, Kaffee, Tee, Getreide, Obst, Früchte, Butter, Käse und Fleisch noch nicht voll auswirkte, verdient größte Beachtung. Bei allem Pessimismus werden dementsprechend die Zolleinnahmen im künftigen Durchschnitt um mindestens 10 Millionen Fr. höher sein als vom Bundesrate angenommen.

Viel zu gering veranschlagte das Finanzdepartement den Ertrag der *Warenumsatzsteuer*. Heute ist der Umsatz im Kleinhandel mehr als 80 % größer als 1938. Die Detailpreise sind im Rahmen des Lebenskostenindexes exklusive Miete um 78 % gestiegen. Erhebliche Steigerungen erfuhren die Umsätze bei den Investitionsgütern usw. Alles in allem wird beim heutigen Preisstand, *unter Berücksichtigung eines starken Konjunkturrückganges*, der Umsatzsteuerertrag um mindestens 35 Millionen Fr. höher sein als auf Grund der Berechnungen des Finanzdepartementes angenommen wurde und zwar selbst bei Befreiung aller Lebensmittel von dieser Abgabe.

Sinken aber einmal die Einnahmen aus der Umsatzsteuer infolge rückläufiger Preise, so werden sich auch die Ausgaben des Bundes für Investitionen und Anschaffungen ermäßigen. Steigen die Preise, so liegt für die Mehrausgaben des Bundes eine sich automatisch anpassende Einnahmequelle vor.

Schließlich dürfte von keiner Seite bestritten werden, daß die *Stempelabgaben und der Militärflichtersatz* wenig gesagt zusammen 10 Millionen Fr. mehr abwerfen werden, so daß die Mehreinnahmen insgesamt 55 Millionen Fr. betragen müssen. *Die erwähnten Positionen verbessern das Budget somit um 100 Millionen Fr.*

Wir sprachen noch nicht von der vom Bundesrate ignorierten, von den kantonalen Finanzdirektoren aber gutgeheißenen Möglichkeit eines *Abbaues der kantonalen Anteile* an den Bundessteuern in der Höhe von 25 Millionen Fr., von der ab-

gelehnten Forderung nach *Verzinsung des Dotationskapitals der SBB* mit 16 Millionen Fr. und von der mutwillig herabgesetzten *Getränkesteuer*, die ohne Härten 40 Millionen Fr. mehr einbringen könnte. Diese letztern drei Budgetposten mit eingerechnet, würde bereits eine totale Verbesserung des Zukunftsbudgets um 181 Millionen Fr. nach sich ziehen, womit aber auch der Wehrsteuerertrag überflüssig wäre.

Auf den ersten Blick schon zeigt die zahlenmäßige Zusammenstellung des Finanzdepartementes, daß man hier ganz offensichtlich ein *Budget mit Zweckpessimismus* präsentierte. Es ist dies eine ebenso verwerfliche Methodik, wie die zweifelhafte Schmachhaftmachung der Beibehaltung einer direkten Bundessteuer, auf die in der Folge eingetreten werden soll.

Prima vista scheint die Wehrsteuer bedeutend ungefährlicher in Form der projektierten *zweckgebundenen Fiskalmaßnahme zur Schuldentilgung*. Dergestalt hätte sie bekanntlich «nur» 60 Jahre lang einen Ertrag von 180 Millionen Fr. zugunsten der Bundeskasse abzuwerfen. Nach Ablauf dieser Frist soll sie, die dann bald das hundertjährige Jubiläum feiern könnte, dahinfliegen. Kein Mensch wird diesen Optimismus teilen.

Ganz abgesehen von ihren wirtschaftlichen, finanz- und staatspolitischen Nachteilen, die 60 Jahre lang hingenommen werden sollen, darf heute schon mit Gewißheit behauptet werden, daß ihr Ertrag mit bestem Willen niemals allein der Schuldentilgung reserviert werden kann. Wollte man ein solches Versprechen mindestens scheinbar erfüllen, müßte eine *spezielle und starre Tilgungsrechnung* neben dem Normalbudget geführt werden. Das widerspricht aber nicht nur der *Budgetuniversalität*, sondern auch jeder vernünftigen *Konjunkturpolitik* und jeder *Budgetwahrheit*.

Es dürfte heute jedermann einsehen, daß eine Tilgung reine Illusion ist, solange die Staatsrechnung nicht ausgeglichen werden kann, denn ohne Budgetüberschuß bleibt jede buchungsmäßige Amortisation wirkungslos. Viel eher ist jedoch damit zu rechnen, daß der Ertrag der Wehrsteuer in Depressionszeiten mittels *Satzzuschlägen* erhöht wird, um mindestens den Versuch eines Rechnungsausgleiches zu machen. Dem könnte nur begegnet werden, wenn die gesamte *Steuerskala verfassungsmäßig verankert* würde und man darüber hinaus jede Abänderung der Sätze der Vollmachtengesetzgebung entziehen würde, ein monströses Ansinnen, das sicherlich von keiner Seite ernstlich erwogen wird.

Der projektierte *Verzicht auf die Vermögensbesteuerung* im Rahmen der künftigen Wehrsteuer ist ebensowenig verheißungsvoll. Vor allem muß erwähnt werden, daß einerseits der Vermögensertrag nach wie vor erfaßt wird und andererseits die Ergänzungssteuer auf dem Vermögen auch bisher, während der Erhebung des Wehrpfeilers, sistiert wurde. Die Kantone aber müßten künftig in erster Linie das Vermögen zu steuerlichen Leistungen heranziehen, da dieses *keine Vorbelastung* durch den Bundesfiskus erfahren soll. Das bestehende Mißverhältnis zwischen der Besteuerung des Arbeitsertrages und des Vermögensertrages müßte dergestalt, gesamtschweizerisch gesehen, verschlechtert anstatt verbessert werden.

Was die *Erhöhung der steuerfreien Einkommensminima* von 3000 auf 5000 Franken anbelangt, ist diese grundsätzlich abzulehnen. Sie verletzt das Prinzip der Allgemeinheit der Steuer und verschärft die Tendenz, welche daraufhin gerichtet ist, die Steuer nur von einem relativ kleinen Kreis von Besitzenden bezahlen zu lassen. Besonders bei der «Wehr»steuer ist es angezeigt, daß alle an die Kosten der Erhaltung von Leben, Wohlstand und Freiheit einen Beitrag leisten.

Die Wirtschaft aber wird vor allem durch den in Aussicht genommenen *Wegfall der Wehrsteuerzuschläge* und die angekündigte *Verbesserung des Steuertarifs* durch Einführung einer ausgeglicheneren Skala, welche auch die höheren Einkommen wesentlich entlasten soll, gebildet. Es mag in der Tat momentan gewisse Entlastungen geben — an die wir allerdings angesichts des Ertrages von 200 Millionen Fr. inklusive Kantonsanteile noch nicht richtig glauben können —, doch ist damit zu rechnen, daß in einigen Jahren neuerdings auf die sogenannte *Übergewinnsteuer*

gegriffen wird, denn diese stellt seit jeher ein wesentliches Ziel der Fiskalpolitik unserer Sozialdemokratie dar.

Ein definitives Urteil über die angekündigte *Lockerung der Vorschriften der Abschreibungspraxis* sowie die noch größere *Privilegierung der Genossenschaften* wird erst möglich sein, wenn die ausgearbeitete Vorlage bekannt ist.

Unsere kurze Würdigung mag zeigen, daß alle politisch-taktischen Umschreibungen wie «zeitlich begrenzt», «verbesserte und gemilderte Steuer» usw. mit einem großen Fragezeichen aufgenommen werden müssen. Das zahlenmäßige Bild der sogenannten Verbesserungen bestätigt diese Tatsache, bestehen doch die Milderungen darin, *daß der Bund seine Ansprüche gegenüber der 4. Periode der Wehrsteuer (Voranschläge 1947/48) um 5 Millionen Fr. erhöht, während er die kantonalen Anteile gleichzeitig um 55 Millionen Fr. herabsetzt.*

Ertrag der Wehrsteuer 4. Periode laut Voranschlägen 1947/48	250 Mill. Fr.
davon Anteil der Kantone	75 Mill. Fr.
davon Anteil des Bundes	175 Mill. Fr.
«Verbesserte» Wehrsteuer gemäß Bundesratsbeschluß	200 Mill. Fr.
davon Anteil der Kantone	20 Mill. Fr.
davon Anteil des Bundes	180 Mill. Fr.

Dieses Projekt *verschiebt somit die Schwierigkeiten kurzerhand vom Bunde auf die Kantone* und engt diese darüber hinaus in ihrer Fiskalgesetzgebung und damit Finanzautonomie ein. Die Beibehaltung der Wehrsteuer, das zeigt sich in diesem Projekt mit aller Deutlichkeit, ist nicht einmal dann tragbar, wenn ernstlich versucht wird, sie zum Gegenstand eines eidgenössischen Kompromisses zu machen. Eine direkte Bundessteuer ist eben ein Gebilde, das sich in unserem föderalistisch aufgebauten Bundesstaate nie wird ohne staats-, steuer- und finanzpolitische Nachteile einfügen lassen. Nicht umsonst stellt sie eine der wichtigsten Forderungen des kommunistischen Manifestes von 1848 dar.

Heinz Schmutz.

Brief aus Paris

Im Verlauf des vergangenen Monats nahm das, was sich in Frankreich abspielte, die erste Stelle unter allen Tagesereignissen ein, und dies sehr zum Mißvergnügen der Franzosen selbst oder der meisten von ihnen. Man sah, wie eine Unruhwelle von durchaus revolutionärem Charakter entstand, die sich nicht nur in Streiken ausdrückte, sondern auch in Aufständen, Attentaten, Sabotageakten. Es scheint im Augenblick, da ich dies schreibe, als ob die erste Phase dieses Konfliktes abgelaufen sei. Die Republik und die Kräfte, welche die Ordnung vertreten, behielten die Oberhand. Es ist aber vorauszusehen, daß noch nicht alles vorüber ist.

Die Ursachen dieser sozialen Unruhen

sind sowohl innerer wie auch äußerer Art. Es herrscht bei den Arbeitern der großen Städte eine wirkliche, übrigens ganz verständliche Unzufriedenheit. Sie ist durch die schlechte Zufuhr der Lebensmittel veranlaßt und durch die Preise, die im Vergleich zum Lohnniveau zu hoch sind. Diese Ursachen können nur im Verlauf einiger Zeit beseitigt werden und mit Hilfe günstiger Umstände — wie bessere Ernte und Inkrafttreten des Marshallplans. Unterdessen aber wird man weiter stoßweise Forderungen stellen, wie das seit der Befreiung wiederholt zu erleben war. Die fran-

zösische Arbeiterklasse hat aber durch Erfahrung gelernt und weiß sehr genau, daß weder das Aufhalten der Produktion, noch das Stören der Ordnung, und noch viel weniger Sabotageakte Mittel sind, um die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn die sozialen Konflikte diesmal einen so ernsten Charakter angenommen haben, so ist dies nur eine Folge der von dem *Kominform* beschlossenen politischen Neuorientierung. In meinem letzten Bericht erwähnte ich bereits die in der

Taktik Moskaus

eingetretene Veränderung. Ihre Auswirkungen haben sich mit außerordentlicher Schnelligkeit fühlbar gemacht, und dies nur wenige Wochen nachdem Thorez sein selbstanklägerisches Manifest veröffentlichte, in dem er sich vorwarf, die «amerikanische Gefahr» unterschätzt zu haben. Augenscheinlich macht es in allen Ländern den Kommunisten Freude, von Zeit zu Zeit — und auf Befehl vorgesetzter Stellen — die Erklärung abzugeben, sich von Grund aus getäuscht zu haben. Ich kann mir aber vorstellen, daß Thorez keinerlei Vergnügen an seinem Geständnis hatte. Sicher haben es sehr viele nicht-kommunistische Franzosen nur mit Unwillen gelesen. Es läßt uns ja gleichgültig, daß die Kommunisten heute der Meinung sind, sich zehn Jahre lang getäuscht zu haben. Wir nehmen aber nun mit Betrübniß von ihrer Erklärung Kenntnis, daß die tiefgehende, in der Résistance um den Preis von so viel Prüfungen und so viel Blut neu geschmiedete Einigkeit des Landes in ihren Augen nichts ist als ein Trugbild.

Wie es auch damit sei: es wurden alle Mittel angewandt, um in ganz Frankreich Unruhe und Gewalt zu verbreiten und einen allgemeinen Stillstand der Arbeit hervorzurufen. Diese Unruhen waren jedoch zum großen Teil künstlich angefacht, und es dauerte nicht lange, bis sich in der Gewerkschaft selbst eine Protestbewegung gegen sie abzuzeichnen begann. Die Eingeweihten wissen schon lange, daß die

CGT nicht vollständig in den Händen der Kommunisten

ist. Es besteht bei den Gewerkschaften eine alte, immer wieder neu bestätigte Neigung, jeglicher politischer Partei den Gehorsam zu verweigern und sich auf die Verteidigung beruflicher Interessen zu beschränken. Die Kommunisten jedoch haben seit Jahren daran gearbeitet, sich bei den meisten Gewerkschaften die «wichtigsten Hebel» zu sichern, und ihre Agenten bilden in den leitenden Stellen die Mehrheit. Diese Leute behaupten, die Arbeiterklasse zu vertreten, aber in Wirklichkeit zwingen sie ihr ihre Direktiven auf. So lassen sie es auch nicht zu, daß über einen Streik in geheimer Abstimmung entschieden wird. . . Die Spaltung in die beiden Richtungen:

berufliche Gewerkschaft und politische Gewerkschaft,

die erste durch *Jouhaux*, die zweite durch *Frachon* vertreten, ist gelegentlich der letzten Ereignisse deutlich zu Tage getreten, und zwar in einem solchen Ausmaß, daß die Kommunisten schon fürchten mußten, die Einheit der Arbeiterschaft sei vollkommen gesprengt. Das bewog sie zu dem Entschluß, den *Rückzugsbefehl* zu geben, wie sie sich, gemäß ihrer Vorliebe für die militärische Sprache, ausdrücken. Sie verhehlen übrigens nicht, daß sie diesen Rückzug nur für einen vorläufigen halten.

Man kann also sagen, daß in dieser ersten Phase die Partei der Ordnung dank dem

gesunden Menschenverstand der Arbeiterklasse

gesiegt hat. Die Regierung Schuman verlangte sofort nach ihrer Bildung die Abstimmung über ein Gesetz, das ihr außerordentliche Vollmachten zur Wiederher-

stellung der Ordnung gibt. Ein solches hatte, um die Wahrheit zu sagen, gar keinen Zweck, da die schon bestehenden Gesetze vollauf genügten. Aber es war recht zweckmäßig, eine lange Debatte hervorzurufen und auf diese Weise die öffentliche Meinung kennen zu lernen. Die Probe war entscheidend: die aufrührerische Bewegung war nicht populär.

Die Kommunisten wußten es als erste, daß ihr Unternehmen keine Unterstützung durch die öffentliche Meinung erfahren würde. Es ist noch gar nicht so lange her, da liebten sie zu erklären: das Klima in Frankreich ist nicht revolutionär. Nun ist es paradox, eine revolutionäre Bewegung in einem Land entfesseln zu wollen, von dem man weiß, daß es in seiner großen Masse Revolution und Gewalt ablehnt. Die Erklärung dieses Rätsels ist im

Zusammenhang mit der russischen Außenpolitik

zu suchen. Von diesem Gesichtspunkt aus können *drei Hypothesen* aufgestellt werden:

Nach der *ersten Hypothese* glaubt man in Moskau, daß unausweichlich binnen kurzem ein neuer Weltkonflikt ausbricht. Moskau habe also ein Interesse daran, im westlichen Europa Gewalttaten auszulösen — selbst auf rein künstlichem Wege —, um sich auf diese Weise den Vorteil der Initiative zu sichern.

Die *zweite Hypothese* ist feiner ausgearbeitet. Nach ihr soll der Wunsch bestehen, den Konflikt über mehrere Jahre hin auszudehnen. Es fände also augenblicklich in Westeuropa nur eine Art von strategischem Rückzug statt. Für die Zukunft aber müsse man sich wohl auf anderes gefaßt machen. Es würde von jetzt an nicht mehr auf dem Weg der Wahlen versucht, die Macht mehr und mehr zu erobern; man werde sich vielmehr bemühen, den

revolutionären Dynamismus intakt

zu halten. Eine erprobte Kerntruppe disziplinierter Kämpfer — bereit, zu Taten überzugehen, sobald der Augenblick gekommen — wäre von diesem Gesichtspunkt aus viel wertvoller als eine nicht organisierte Masse von Wählern. Es ist dann nötig, die Ausübung von Gewalt weiter aufrecht zu erhalten, um auf diese Weise eine solche Armee zu rekrutieren, widerstandsfähig zu machen und zu stählen.

Die *dritte Hypothese* schließt die Möglichkeit eines *Modus vivendi* zwischen Osten und Westen nicht aus. Die soziale Unruhe im westlichen Europa würde dann in den Händen Molotows eine ausgezeichnete Münze zu allerhand diplomatischem Tauschhandel darstellen. Und es hat im Augenblick den Anschein, als ob er keine Eile zeige, schon jetzt damit Geschäfte zu machen.

Die Zukunft wird lehren, welche von diesen Hypothesen richtig ist.

Bertrand de la Salle.

Brief aus Italien

Wie gut hatten es doch unsere Urgroßväter vor hundert Jahren: nicht nur ahnten sie von den kommenden Schrecken der Atombombe nichts, sondern ihre Kriege, Bruderzwiste, Revolutionen waren frischfröhliche Intermezzi, welche in wenigen Tagen oder Wochen wuchtige Entscheidungen brachten, die dann jahrzehntelang das politische Kraftfeld bestimmten. Man denke nur an die 1830er und 48er Revolutionen an allen Ecken Europas und an unsern Sonderbundskrieg. Um sich zu überzeugen, wie herrlich weit wir Urenkel es auf dem Gebiete politischer

Umbrüche gebracht haben, genügt es, die damaligen Methoden mit den heutigen zu vergleichen. Statt herzerhebender Barrikadenstürme mit flatternden Haaren und wehenden Trikoloren wohnen wir heute verbissener, hinterhältiger Abwürgertaktik, obstruktiven Parlamentspalavern, heimtückischen Sabotageakten, falschen Verdächtigungen und Anschuldigungen bei. Macht Italien eine Ausnahme von diesen

«kalten» Bürgerkriegsmethoden?

Nein und Ja! Hier wie in Frankreich sucht die dem sowjetischen Totalitarismus verhaftete äußerste Linke die demokratisch-bürgerlichen Fundamente des Staatsgebäudes zu untergraben, um nach dessen erhofftem Zusammenbruch eine marxistische Kaserne zu errichten. Wie die Zeitungsberichte sagen, sind die Taktiken hüben und drüben des Mont Cenis verzweifelt ähnlich und verraten denselben Lehrmeister. Und trotzdem war der Verlauf der politischen Ereignisse in den vergangenen Wochen doch wieder recht verschieden. Man darf die «spontanen Zornausbrüche des arbeitenden Volkes», wie auch hierzulande die organisierten Demolierungen der oppositionellen Redaktionsstuben u. a. m. geheißt werden, nicht allzu tragisch nehmen. Selbst die tragikomische Besetzung der Mailänder Präfektur durch die Partisanen (alias Sozialkommunisten), und was die kommenden Wochen und Monate an Gleichem und Ähnlichem in vermehrter Auflage bringen werden, darf nicht zu einer allzu pessimistischen Beurteilung der Lage Italiens führen. In Mailand gelang der Präfekturcoup vor allem auch deshalb so gut, weil sehr viel Regionalismus mitspielte. Die Antipathie gegen «Rom» ist in Italien mindestens so intensiv und stark verbreitet wie unser Geschimpfe auf «Bern». Natürlich wirkt dieser nach zwanzigjähriger zentralistischer Zwangsherrschaft üppig ins Kraut geschossene Regionalismus nicht in zentripetalem Sinne, aber auf lange Sicht betrachtet ist er auch nicht staatsgefährlich. Daß im Gegenteil eine Unterteilung in Regionen, die ja durch die geschichtliche Entwicklung vorgezeichnet ist, für den italienischen Staat von Vorteil wäre, dürfte gerade in dieser Zeit marxistischer Bedrohung auf der Hand liegen.

Neben den schon in frühern Briefen erwähnten konstanten Faktoren, die gegen die Wahrscheinlichkeit eines revolutionären Umsturzes sprechen, wie ausgeprägter Familiensinn, starker Einfluß der katholischen Kirche, allgemeiner Sinn für Maßhalten und instinktive Abneigung gegen Exzesse, wirken heute eine ganze Reihe spezieller Gegebenheiten im gleichen Sinne: die große Mehrheit des italienischen Volkes hat für das «vivere pericolosamente» nie viel übrig gehabt; nachdem es nun jahrelang widerwillig dazu gezwungen worden war, ist es in diesem Punkte doppelt empfindlich geworden. Es hat die Entbehrungen und das Herumkommandiertwerden von Herzen satt. Da dies aber zwei Dinge sind, die mit einer Revolution unfehlbar verbunden sind, sind die sozialkommunistischen Drahtzieher Italiens in ihren Entschlüssen sehr vorsichtig geworden. Togliatti kennt seine Pappenheimer genau. Nachdem die französische «kalte» Revolution keine durchschlagenden Erfolge gezeitigt hat, können sich die hiesigen Linksparteien eine «battaglia a fondo» schon aus dem sehr natürlichen Grunde nicht gestatten, weil es viel zu gefährlich wäre, die ohnehin für sie schwierig gewordene Lage

drei Monate vor den Parlamentswahlen

noch weiter zu kompromittieren. Aller Voraussicht nach dürften ihnen im Frühjahr ohnehin genug Felle davonschwimmen. Dies mag sicher auch der Hauptgrund gewesen sein, weshalb der Kreml nur auf einen so spärlichen Einsatz der italienischen Mandoline in der kontinentalen Begleitmusik zu Molotows Solokonzerten an der Außenministerkonferenz in London drängte, und sich mit den französischen Pauken-

schlagen begnügen mußte. Es ist symptomatisch, daß der kürzlich ausgelöste partielle Elektrizitätsarbeiterstreik wegen offensichtlicher Verärgerung der breiten Massen plötzlich abgebrochen wurde, dafür aber die kommunistischen Circoli eine wahre Hochflut von Thé-dansants, Konzerten und gemütlichen Familienabenden für ihre Mitglieder von Stapel lassen!

Wenn diese taktische Erwägung zum mindesten bis zu den Märzahlen größere Aktionen als unwahrscheinlich erscheinen läßt, so dürften

andere Beruhigungsfaktoren

darüber hinauswirken. Wir denken dabei weniger an die Washingtoner Meldungen, wonach die Vereinigten Staaten einem kommunistischen Umsturzversuch in Italien nicht tatenlos zusehen, ja ihn sogar als «casus belli» betrachten würden, und wonach sie bereit seien, Italien mit einer Militärmission den Rücken zu stärken, und noch weniger an den ostentativen amerikanischen Flottenbesuch in Neapel anfangs Dezember unter dem Auslandschweizer - Admiral Bieri (der mit seinen Salutsalven übrigens der dortigen Bevölkerung gehörigen Respekt eingeflößt haben soll). Einen weit größern Beitrag an die Stabilisierung der Verhältnisse Italiens könnte Amerika durch eine massive Heraufsetzung der Immigrationsquoten für italienische Auswanderer schaffen. Wir lassen bei unserer

zuversichtlichen Beurteilung der Lage

auch nicht die offensichtliche Entschlossenheit der Regierung de Gasperi außer acht, sich nicht wie Facta im Jahre 1922 überrumpeln zu lassen. Vor allem aber scheinen uns genügend positive Faktoren natürlicher Art vorzuliegen, die eine friedliche Fortsetzung des italienischen Wiederaufbaus als wahrscheinlich annehmen lassen. Dazu gehört einmal die Tatsache, daß es in Italien, wie Einaudi kürzlich aussagte, 13 Millionen Landbesitzer geben soll. Dann ist der sprichwörtliche «*buon senso*» des Italieners durchaus nicht gering anzuschlagen. An gesundem Menschenverstand fehlt es in Italien wahrlich nicht, ist es doch eines der wenigen kriegsversehrten Länder, die ihm in der Nachkriegszeit weiten Spielraum gewährt haben. Der Italiener weiß zudem, daß er nur mit Hilfe eigener Anstrengungen aus dem Schlamassel herauskommt. Wie gerade in diesem Punkte die Einstellung in Frankreich und Italien verschieden sein soll, wurde uns in den letzten Monaten noch von jedem angelsächsischen Geschäftsfreund bestätigt, der beide Länder besuchte. «*They just lean back and expect us to feed them*» lautet das amerikanische Standardurteil über den Durchschnittsfranzosen. Der erwähnte «*buon senso*» dürfte auch einer der Hauptgründe sein, weshalb die Streiks hier meistens von kurzer Dauer sind, wenn sie überhaupt ausbrechen, und nicht, wie es sehr oft geschieht, in letzter Minute eine Einigung erzielt wird. Aller Voraussicht nach dürfte dieser gesunde Menschenverstand (wir kennen ihn ja auch unter dem Slogan: «*mer m'ueß halt rede mitenand*»)

den sozialen Frieden

im großen ganzen auch weiterhin aufrechterhalten und damit die wirtschaftlichen Auftriebsmomente, die schon zu einer beachtlichen Verbesserung der Lage geführt haben, unterstützen. Man würde gut tun, bei der häufigen Gleichsetzung der französischen und italienischen Verhältnisse etwas weniger schematisch vorzugehen. In Frankreich scheint es sich nicht nur um eine soziale sondern um eine tiefgehende nationale Krise zu handeln. Ein weiterer Grund für unsere hoffnungsvolle Lagebeurteilung ist die

wirtschaftliche Gesundung

Italiens. Was vor zwei Monaten noch ein schüchterner Versuch war, hat sich gegenwärtig zum allumfassenden Erdrutsch entwickelt: die Preise haben zum mindesten im Textil- und Nahrungsmittelsektor zum Teil schon recht bedeutende Einbußen erlitten. Man denke nur an den Zucker und andere bisherige Mangelprodukte, die heute ein Drittel der Preise des vergangenen Sommers kosten. Übrigens dürfte der Tiefstand noch lange nicht erreicht sein, denn nun wird vor allem ein Faktor preismindernd wirken, der im Ausland vielleicht nicht genügend bekannt ist: die großen Lager an gewissen Rohmaterialien, worüber die italienische Industrie verfügt, und die nun eben zu irgend einem Preise abgestoßen werden müssen. Je länger desto mehr zeigt sich, wie geschickt die Wirtschafts- und Finanzminister der Regierung, vor allem Bilanzminister Einaudi und Außenhandelsminister Merzàgora vorgehen. Die Ereignisse enthüllen bei ihrem Ablauf einen «Schlachtplan», der den Urhebern alle Ehre macht. Und das beste daran ist, daß er fast ausnahmslos die natürlichen Kräfte zum Spielen bringt und von Planwirtschaft so wenig wie möglich wissen will. Wenn der in Italien praktizierte

moderierte Liberalismus

in einigen Monaten, wie es die gegenwärtige Entwicklung vermuten läßt, dem Lande die wirtschaftliche Blüte auf gesunder Basis zurückgegeben haben wird, so dürfte er mehr zur Vernichtung des wirtschaftlichen Kollektivismus und damit zur Abwehr der Gefahr des politischen Totalitarismus beigetragen haben, als heute in Europa bekannt ist. Daß die wirtschaftliche Rekonvaleszenz natürlich vorübergehende Nachteile mit sich bringt, liegt auf der Hand. Die gegenwärtig ansteigenden Arbeitslosenziffern und die immer länger werdenden Bulletins der Wechselproteste und der Konkurse bezeugen es. Wie in jedem Gesundungsprozesse wird das Schwache, Ungesunde ausgeschieden. Wenn die Regierung nicht in das Extrem einer Deflationspolitik à outrance verfällt, so hat sie den Hauptharst der wirtschaftlich Einsichtigen auf ihrer Seite, mögen sie die Maßnahmen individuell auch stark treffen. Daß der Konkurrenzkampf auf nationalem und internationalem Boden nun wieder bedeutend schwieriger sein wird als in den letzten Jahren, liegt auf der Hand. Dafür bekommt das Geld wieder einen Wert, und dadurch das Sparen erneut einen Sinn. Ein besonders geschickter «Handstreich» im Großkampf um die ökonomische Sanierung war die Ende November beschlossene neue

Währungsabwertung,

die in durchaus unorthodoxer, dafür um so richtigerer Weise durchgeführt worden ist. Die offiziellen Wechselkurse wurden den freien Kursen angepaßt, womit dem Schwarzhandel das Lebenslicht ausgeblasen sein dürfte. Da den Italienern, die bis zum Jahresende ihre ungesetzlichen Devisenbestände zu diesen für sie sehr interessanten Kursen in Lire umwechseln werden, Straflosigkeit zugesagt wurde, dürfte der Staat automatisch zu jenen Fremdwährungsfonds kommen, die in absehbarer Zeit eine Stabilisierung der italienischen Währung ermöglichen werden. Da die offiziellen Kurse allmonatlich dem Mittelwert der «freien» Exportkurse angepaßt werden, kommt nach vielen Jahren wieder jenes freie Spiel von Angebot und Nachfrage zur Geltung, das die Basis jeder gesunden Wirtschaft ist. Die Abwertung der Lira hat außerdem den Exporteuren nach den Dollar- und Pfundzonen neue Verkaufschancen verschafft, da für Dollars die Lireerträge ca. 20 %, für Pfund Sterling ca. 10 % über den Vorabwertungsergebnissen liegen. Diese Abwertung in einem Momente der internen Preissenkung und der Zollherabsetzung in den Haupt-

absatzländern dürfte sich für die italienische Exportindustrie günstig auswirken. Sehr geschickt wurden übrigens Ende November die Ausgangskurse den tatsächlichen innern Werte der betreffenden Währungen angepaßt. Obenan steht der Schweizerfranken mit 152, dann folgt der Dollar mit 603, gefolgt vom Pfund Sterling mit 1984. Die fiktive Relation von 1:4,03 von Pfund zu Dollar ist also fallen gelassen worden. Leider wurden bis jetzt die Clearingurse von der Währungsabwertung nicht berührt. Wie sehr der italienische Exporthandel einen Vitaminzuschuß benötigte, geht aus den Außenhandelszahlen für das erste Halbjahr 1947 hervor: einer Einfuhr von 198 Milliarden Lire steht eine Ausfuhr von nur 84 Milliarden gegenüber, wovon übrigens fast 10 Milliarden von der Schweiz aufgenommen wurden, die damit zum besten Kunden Italiens aufrückte. Entgegen der allgemeinen Erwartung haben

die italienischen Börsen

von dieser Abwertung bis jetzt nicht profitiert. Der Durchschnittswert der Aktienkurse pendelt heute zwischen 30—35 % der Frühjahrskotierungen hin und her. Die Staatspapiere haben sich zu behaupten vermocht. Gewaltige Inflationsgewinne sind so in Rauch aufgegangen, was sich bereits günstig auszuwirken beginnt. Man diskutiert wieder Preise und gleicht sich der Vorkriegssolidität an. Die Steuerschraube, die immer stärker angezogen wird, sorgt dafür, daß das Sparen nicht mehr bloß ein freiwilliger Spleen, sondern eine harte Notwendigkeit wird. Wenn auch der Papiergeldumlauf in den letzten beiden Monaten um weitere ca. 30 Milliarden Lire auf die Rekordzahl von 700 Milliarden angestiegen ist, so hat diese Tatsache doch den finanziellen Regenerationsprozeß nicht aufzuhalten vermocht. Die vermehrten Steuereingänge dürften in absehbarer Zeit auch dieses Loch stopfen.

Peregrinus.

Brief aus der Tschechoslowakei

Aus Prag wird uns geschrieben:

Schwere, düstere Wolken stehen schon seit Wochen über dem Hradschin, der alten, imposanten Prager Kaiserburg der Luxemburger, in der

Staatspräsident Dr. Benesch

residiert. Es liegt in der Tradition dieses Landes, daß dessen oberster Repräsentant nicht nur ein Schaustück in der Hand der Parteien ist, sondern daß ihm über die durch das Gesetz vorgezeichneten Funktionen seines Amtes noch ein weites Maß persönlichen Kontaktes mit den verschiedenen Körperschaften des Landes gegeben ist. Dr. Benesch ist es von seiner früheren Tätigkeit als Außenminister her gewöhnt, in enger Verbindung mit den Geschehnissen der Politik zu bleiben und er hält recht oft Ansprachen an die zahlreichen Delegationen, die bei ihm auf dem Hradschin erscheinen. Schon seit einigen Monaten jedoch haben seine Reden einen seltsamen Ton bekommen. In der von ihm verwendeten, fein nuancierten Diplomatensprache spricht er manches aus, das seine Zuhörer kaum verstehen — oder höchstens vermuten — aber schon allein die immer wiederkehrenden Warnungen vor den ausgesiedelten Deutschen, vor einer neuen Bedrohung durch Deutschland und andererseits die Kritik an der Herrschaft einer Einparteidiktatur und der Appell an Humanität und Demokratie geben zu denken. Es ist nicht nur einmal vorge-

kommen, daß die kommunistischen Zeitungen Teile der Präsidentenreden ihren Lesern unterschlagen haben, — ein untrügliches Zeichen, daß sie wissen, an wen sie gerichtet waren.

Wer die Ereignisse verfolgt, kann den pessimistischen Unterton der Äußerungen Dr. Beneschs wohl verstehen. Auch die CSR konnte sich aus der weltpolitischen Entscheidung zwischen West und Ost nicht heraushalten — so wie sie es gerne gemocht hätte. Der Wink aus Moskau, der ihre Teilnahme am Marshallplan verhinderte, hat sie nolens volens in das Lager der Oststaaten geworfen. Wenn es noch eines Beweises für diese Tatsache bedurft hat, so kann man sie aus der Rede des kommunistischen

Ministerpräsidenten Gottwald

herauslesen, der zum ersten Mal klipp und klar erklärte, die Tschechoslowakei wolle gar keine Brücke zwischen West und Ost sein. Man hat diese Äußerung in Prag als Sensation gewertet, aber nach all den Ereignissen (von den nicht zustande gekommenen Dollarkrediten bis zum Pakteschließen mit den Oststaaten) konnte das doch nur eine logische Folgerung sein.

Zwei Ereignisse der letzten Zeit verdienen es, unter dem Gesichtswinkel des völligen Abgleitens der Tschechoslowakei in das Lager des Ostblocks Beachtung auch im übrigen Europa zu finden: der Parteitag der tschechischen Sozialisten und die Ereignisse in der Slowakei. In ihrer schließlichen Auswirkung haben sich beide letzten Endes aufgehoben, denn der Sieg der kommunistischen Offensive gegen die letzten Reste einer slowakischen Autonomie war andererseits in den historischen Ländern (Böhmen und Mähren) von einem deutlichen Abrücken der — zwar nicht sonderlich starken, aber zur Mehrheit notwendigen — Sozialdemokratie von den Kommunisten gefolgt.

Noch zwei Monate vor dem

sozialistischen Kongreß in Brünn

verkündete ein gemeinsames kommunistisch-sozialistisches Communiqué stolz den Abschluß einer Einheitsfront der beiden Parteien, die künftighin ein gemeinsames Vorgehen nicht nur im Parlament, sondern auch in den Gebietskörperschaften zur Folge haben sollte. Wie es sich aber später herausstellte, war die Empörung über diese neuerliche Unterordnung ihrer Partei im sozialistischen Lager so groß, daß sie sich unbedingt in einer deutlichen Manifestation vor aller Öffentlichkeit äußern mußte.

Unter diesen Auspizien trat also der Sozialistische Kongreß in Brünn zusammen, der ganz unter dem Eindruck der künftigen Marschroute der Partei stand. Nicht einmal die Wahl Bohumil Lauschmans zum Vorsitzenden war das Bemerkenswerte dieses Kongresses, sondern die Reden, die dort gehalten wurden und die deutlich zeigen, daß die Rechtsopposition innerhalb der Sozialistischen Partei weite Kreise umfaßt. Besonders die «alte Garde» fand scharfe Worte. Der frühere Unterrichtsminister Dr. Dérer, ein Slowake, beklagte den Linienwechsel, den die bisherige Leitung vollzog und der zur Ausschaltung der verdienten Politiker geführt habe. Schärfer schon war die Rede des langjährigen Justizministers Dr. Meissner, der u. a. die Sowjetunion beschuldigte, kein demokratischer, sondern ein totalitärer Staat zu sein. Der Bruder des Staatspräsidenten, Vojta Benesch, bezichtigte den bisherigen Vorsitzenden und Vizeministerpräsidenten Fierlinger des Verrats an der Partei und verlangte seinen Rücktritt, weil er ja nicht einmal tschechischer Abstammung sei. Aber es kam noch schlimmer, als der Abgeordnete Sedlak aufstand und der Sowjetunion vorwarf, ihre Liebeserklärungen für die CSR nur in Worten,

nicht aber in Taten auszudrücken. Sein Land sei es, das dem tschechisch-russischen Bündnis Opfer bringe und es sei bedauerlich, daß man 1945 die Karpatho-Ukraine Hals über Kopf an Rußland abgetreten habe. Ein anderer Delegierter wieder fragte mit bitterer Ironie, ob es noch eine Sozialdemokratie gebe oder ob diese nicht in Wirklichkeit ein «Klub der Freunde der Kommunistischen Partei» geworden sei.

Das Ergebnis des Brüner sozialistischen Parteitages liegt in der Niederlage des linken Flügels. Allerdings muß entgegen vielfachen Behauptungen, der neue Parteiführer Lauschman stehe auf der entgegengesetzten Seite, gesagt werden, daß dies nicht der Fall ist. Er war vielmehr ein Kompromißkandidat und als man seinen Namen nannte, rief er in die Versammlung: «Ich kandidiere nicht, ich werde kandidiert!» Neben Fierlinger, der allerdings der neuen Führung Loyalität versprach, wurde auch der bekannte Gewerkschaftler Evzen Erban nicht mehr wiedergewählt, weil er den Delegierten als zu «kommunistenfreundlich» galt.

Genau zur selber Zeit fand in Preßburg die

Umbildung der slowakischen Landesregierung

statt, die sich durch Wochen hindurch im Status der Demission befunden hatte. Die Veranlassung zu ihrem Rücktritt (den der kommunistische Vorsitzende ohne Befragung der Mehrheit gegeben hatte) war die Forderung der kommunistischen Partisanen und Gewerkschaften nach einer Beteiligung an der Staatsgewalt, da nur dadurch die weitere Ausbreitung der antistaatlichen Tätigkeit der Tiso-Anhänger verhindert werden könne. Die Demokratische Partei, die bei den letzten Wahlen über 60 % der Stimmen erhalten hatte, lehnte diese Forderung zunächst ab. Erst die Aufdeckung eines indirekten Zusammenhanges mit der antistaatlichen Verschwörung und das zweimalige Eindringen von aufgehetzten Arbeitern in den Sitz der Landesregierung (wo man u. a. den Parteivorsitzenden Dr. Lettrich aufhängen wollte), ließ die Demokraten nachgeben. Sie haben jetzt nicht nur freiwillig ihre Mehrheit in der Landesregierung aufgegeben, sondern auch den Pakt mit dem aktivistischen Flügel der Katholiken gekündigt, den sie vor den Maiwahlen 1946 abgeschlossen hatten und der ihnen auch zum Siege verhalf. Man kann sagen, daß diese freiwillige Amputation die Demokratische Partei wieder gänzlich zu einer Gruppe der evangelischen Bevölkerung (die allerdings nur 15 % zählt) machen wird, während die große katholische Mehrheit entweder bei der kleinen Freiheitspartei Anschluß suchen oder völlig in das Lager der offenen Staatsfeinde übergehen wird.

In der Tat scheinen die unterirdischen Strömungen, die fast jeden Monat in der Slowakei aufgedeckt werden, eine starke Unzufriedenheit des slowakischen Volkes anzuzeigen.

Die slowakische Emigration,

die von dem früheren Außenminister Dr. Durcansky und dem ehemaligen Botschafter beim Hl. Stuhl, Karol Sidor, geführt wird, hat — wie die amtlichen Verlautbarungen klarlegen — eine erstaunlich große Zersetzungsarbeit geleistet. Es gelang ihr z. B., Dr. Tiso kurz vor seiner Hinrichtung leere Bogen Papier in die Zelle zu schmuggeln, die dieser mit seiner Unterschrift versah und die später im Ausland nach Notwendigkeit ausgefüllt wurden. Tausende von Bildern Tisos wurden im Lande abgesetzt und dadurch bedeutende Geldsummen gewonnen. Dr. Durcansky ließ sogar durch einen Preßburger Universitätsprofessor bereits eine neue Verfassung ausarbeiten und versandte zahlreiche Erneuerungsdekrete für den Fall des Umsturzes.

Das sind Symptome, die zeigen, wie ergebnislos bisher alle Bemühungen um eine Befriedung der Slowakei waren. Die sich mehrenden Ungesetzlichkeiten der Kommunisten werden zusammen mit den unterirdischen Aktionen der illegalen Separatisten eine Situation hervorrufen, in der — bei einer sich weiter verschärfenden

weltpolitischen Lage — die russische Intervention in der Slowakei in den Bereich greifbarer Möglichkeit tritt. Staatspräsident Dr. Benesch hat die Slowaken davor gewarnt, aber bis heute deutet nichts darauf hin, daß man seine Worte dort beachtet hat...

Brief aus der Türkei

Aus *Istanbul* wird uns geschrieben:

Die innenpolitische Entwicklung,

die vor etwa zwei Jahren einsetzte, hat in den letzten Monaten ein beschleunigtes Tempo angenommen. Im Frühsommer hatte sich die Lage bedenklich zugespitzt. Die Beziehungen zwischen der herrschenden Volkspartei und der Demokratischen Partei, die als *die* Repräsentantin der Opposition gelten kann, verschärfen sich ständig mehr, und die von beiden Seiten erhobenen Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen wurden in einem immer heftigeren, gereizteren Tone vorgebracht. Die Opposition behauptete, daß auf ihre Mitglieder, speziell auf dem Lande, seitens der zivilen und polizeilichen Behörden ein ungesetzlicher «Druck» ausgeübt werde, eine Behauptung, die vom Ministerpräsidenten *Recep Peker* sowie dem Innenminister energisch bestritten wurde. Daneben wurden die alten Streitfragen (Beschränkung der Pressefreiheit, formelle Beziehung des Staatspräsidenten zur Volkspartei usw.) weiter diskutiert.

Anfang Juli griff dann Präsident *Ismet İnönü* ein. Nach Besprechungen mit *Peker*, sowie dem Führer der Opposition, *Celal Bayar*, veröffentlichte er ein Communiqué, das in wohlabgewogenen Sätzen die Lage analysierte und den von beiden Seiten erhobenen Anschuldigungen gegenüber eine wahrhaft überparteiliche Haltung einnahm. Der Präsident betonte, daß er der Versicherung der Opposition, sie wolle sich nur streng im Rahmen der bestehenden Gesetze betätigen, vollen Glauben schenke, und daß er die Behauptung des Regierungschefs, keinen ungesetzlichen Druck auf Mitglieder der Oppositionspartei dulden zu wollen, als eine Garantie akzeptiere. Dennoch ließ sich aus gewissen Worten des Communiqués herauslesen, daß İnönü die Existenz eines solchen Drucks nicht völlig in Abrede stellte, wie denn überhaupt eine Annäherung an Ideen der Opposition und der Glaube an die Notwendigkeit einer fortschreitenden Demokratisierung durch die vorsichtigen Formulierungen durchschimmerte.

Die Verlautbarung des Präsidenten brachte jedoch nur eine vorübergehende Beruhigung. Bei der bekannten Gesinnung des damaligen Ministerpräsidenten und vieler seiner Mitarbeiter war auch kaum eine wesentliche Änderung der von ihm befolgten Innenpolitik zu erwarten. Andererseits aber begann nunmehr hinter den Kulissen ein zähes Ringen zwischen den allen Konzessionen an die Demokraten abgeneigten «radikalen» Mitgliedern der Volkspartei auf der einen Seite und dem «gemäßigten» Flügel auf der anderen. Obwohl dieses Ringen immer noch andauert und seine entgeltliche Entscheidung erst auf dem kommenden Parteitag erfolgen dürfte, haben die «Gemäßigten» (und damit zugleich der Staatspräsident, der dem Regierungschef persönlich nicht eben wohlgesinnt war) doch schon insofern einen ersten bedeutsamen Sieg errungen, als das Kabinett *Recep Peker* im September unter dem Druck jener Kreise sowie allgemein der öffentlichen Meinung *zurücktreten* mußte. Die neue Regierung steht unter der Leitung des bisherigen Außenministers *Hasan Saka*. Zahlreiche Ministerposten, darunter Innen-, Außen- und Wirtschaftsmini-

sterium, wurden neu besetzt, und im ganzen ist eine gewisse Beruhigung der innenpolitischen Lage zu konstatieren, wengleich die Opposition darauf beharrt, daß ihre Forderungen auf Änderung des Pressegesetzes, auf Aufhebung des (partiellen) Belagerungszustandes usw. bald erfüllt werden müssen, um der Entwicklung zu einer wirklichen Demokratie die Wege zu ebneten.

Wie schon früher an dieser Stelle betont wurde, sind die innerpolitischen Auseinandersetzungen für

die Außenpolitik

nahezu bedeutungslos, da Volksparteiler und Demokraten sich über die Grundlinien der den Westmächten und Rußland gegenüber zu verfolgenden Politik einig sind.

Die Beziehungen zu den angelsächsischen Mächten sind im Laufe der letzten Monate womöglich noch enger gestaltet worden. Eine ganze Reihe von amerikanischen und britischen Militärs, Abgeordneten und Wirtschaftlern hat wiederum die Türkei besucht, und der türkische Generalstabschef *Salih Omurtak* hat sich mit seinem Stabe zu Besprechungen nach den Vereinigten Staaten begeben, wo er von *Eisenhower*, *Spaatz* und anderen führenden Persönlichkeiten ostentativ mit größten Ehren empfangen wurde. Obwohl offiziell als Gründe für diesen Besuch die Inspektion moderner militärischer Anlagen und Einrichtungen sowie Besprechungen bezüglich der Durchführung der berühmten 100 Millionen-Dollar-Hilfe angegeben wurden, darf man annehmen, daß dieser mehr als einen Monat währende Aufenthalt *Omurtaks* auch anderen, weitergehenden Zwecken gedient hat. Aus den verschiedenen Communiqués, die der türkische General der amerikanischen Presse übermittelte, ging u. a. hervor, daß die amerikanische Hilfe zu einer Verdoppelung der Feuerstärke der türkischen Armee führen wird. (Übrigens sind die ersten Sendungen der Amerikaner Anfang November in Smyrna [Izmir] eingetroffen.) Des weiteren wurde sowohl von *Omurtak* wie auch letzthin wieder von *Inönü* sowie dem neuen Ministerpräsidenten bei verschiedenen Gelegenheiten der feste Wille der Türkei betont, jeden Angriff auf die Unabhängigkeit des Landes entschlossen abzuwehren. In seiner Rede gelegentlich der Eröffnung des Parlaments am 1. November hob der Staatspräsident hervor, daß die Türkei den aufrichtigen Wunsch hege, wie mit allen anderen Staaten, so auch mit *Rußland* in Frieden und Freundschaft zu leben, daß aber die bekannten russischen Ansprüche die Verwirklichung dieses Wunsches schwer machten. Tatsächlich haben Presse- und Radioäußerungen auf beiden Seiten in den letzten Monaten nicht eben dazu beigetragen, die außenpolitischen Beziehungen zu bessern; — die Spannung dauert, wenn auch latent, mit unverminderter Schärfe fort.

In der wirtschaftlichen Lage

des Landes haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben. Die Abwertung der türkischen Lira, die vom Kabinett *Peker* vor etwa Jahresfrist beschlossen wurde, hat zwar vermutlich zu der seither zu beobachtenden starken Belebung der Wirtschaft sowie speziell des Außenhandels beigetragen, doch hat die ungeschickte Durchführung dieser an sich zweckdienlichen Maßnahme dazu geführt, daß eine Reihe von unerfreulichen Begleiterscheinungen sich bemerkbar gemacht hat. Vor allem: es ist nicht gelungen, das innere Preisniveau stabil zu halten, vielmehr hat die Kombination von Devaluation, ausländischen Preissteigerungen sowie Zollerhöhungen u. dgl. zu einer nicht unerheblichen Hausse geführt, die zur Zeit noch andauert. Wie schon die letzten beiden Regierungen hat auch das Kabinett *Hasan Saka* sich bislang darauf beschränkt, den Kampf gegen die Preissteigerung anzukündigen, ohne jedoch wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Daß der vor kurzem beim Parlament eingebrachte Budgetentwurf für 1948 mit einem nicht unbeträchtlichen Defizit abschließt, brauchte zwar an sich keine Inflationsbefürchtungen zu erwecken, doch gibt die große Baufreudigkeit aller öffentlichen Stellen zu Bedenken Anlaß.

Im übrigen beginnt man nunmehr, Teile des *neuen Fünfjahresplanes* zu verwirklichen. U. a. wurde in der letzten Zeit mit der Errichtung von Glühlampen- und Wagonfabriken begonnen, und ferner ist die Erweiterung der Textilindustrie in Angriff genommen worden. Die Zweifel, ob alle Industrialisierungspläne der Regierung zweckmäßig, will sagen technisch wohldurchdacht und rentabel sind, wurden verstärkt durch die Tatsache, daß das Eisen- und Stahlwerk in Karabük kürzlich aus nicht bekannten Gründen seine Produktion einzuschränken gezwungen war; dabei ist zu bedenken, daß dieses Werk ohnehin unzulänglich ist und nur etwa ein Fünftel des heimischen Bedarfs an Walzwerkfabrikaten zu decken vermag. Im Hinblick darauf ist, obwohl die Kostenfrage heikle Probleme aufwirft, eine Erweiterung der Anlagen geplant, die — bei einem Aufwand von 90 Mill. Türkpfund — dazu führen soll, daß die Koksproduktion auf 270 000, die Roheisenerzeugung auf 160 000, die Stahlproduktion auf 200 000 und die an Walzwerkerzeugnissen auf 150 000 t steigt.

Die verschiedenen

amerikanischen Sachverständigenkommissionen,

die seit einem Jahr das Land bereisen und zum Teil höchst beachtenswerte Berichte, bzw. Gutachten erstattet haben, sind mit inländischen Sachkennern in der Beurteilung der Wirtschaftslage weitgehend einig. Kein Zweifel, daß die natürlichen Bedingungen der türkischen Volkswirtschaft eine erhebliche Steigerung der Erträge zuließen, sofern man sich nur dazu entschließen würde, gewisse radikale Maßnahmen durchzuführen, sowie den *Ausbau des Wegenetzes* in die Hand zu nehmen, dessen entscheidende ökonomische Bedeutung von amerikanischer Seite wiederholt betont worden ist.

Das Parteiwesen in Deutschland

Aus *Berlin* wird uns geschrieben:

Es ist ein wahres Unglück für das deutsche Volk, daß ihm zum zweiten Mal in seiner Geschichte

die demokratische Staatsform als Zwangsgeschenk

nach einer schweren Niederlage und einem völligen Zusammenbruch beschert worden ist. Das ist an sich schon ein sehr ungünstiges Vorzeichen für die Begründung einer echten freiheitlichen Demokratie und wird heute besonders noch dadurch kompliziert, daß in Deutschland namenloses Elend und eine völlige Zerrüttung sowohl der wirtschaftlichen wie der politischen Zustände herrschen. Das gibt wahrlich keinen guten Nährboden für die Errichtung einer Demokratie.

Wir leben sozusagen in einer Doppexistenz: einem Scheinleben und einem wirklichen. In jenem regieren Verordnungen der Besatzungsmächte und Maßnahmen der sogenannten deutschen Länderregierungen und treiben die Parteien ihr Wesen; in diesem herrscht unumschränkt die Not und der Kampf um das nackte Leben. Jenes ist das Leben in Illusionen, dieses das in der Realität. In dem Reich der Illusionen besteht der Glaube, daß in Deutschland Demokratie herrschte, obwohl die wesentliche Vorbedingung, die Souveränität eines freien Volkes, nicht gegeben ist. Denn der staatsrechtliche Zustand Deutschlands ist der eines besetzten Landes, in dem allein

die militärischen Stellen der Besatzungsmächte Verfügungsberechtigt sind und die Militärs nicht die Aufgabe haben, Demokratie vorzuleben, sondern für die Sicherheit ihrer Truppen und die Ordnung im Lande vordringlich zu sorgen haben. Bei der großen Verbitterung aber, die in Deutschland herrscht, meint man, aus diesen Zuständen Argumente gegen die Demokratie als solche herleiten zu können.

Deshalb konnten auch die politischen Parteien keinen guten Start haben. Sie sind dem deutschen Volke viel zu früh beschert worden, weil die sowjetische Militärbehörde sehr bald nach ihrem Sieg in der Ostzone und in Berlin Parteien zuließ, ohne daß eine Sammlung der politischen Kräfte und eine Klärung der Anschauungen hätte stattfinden können.

So ist es gekommen, daß

die Leitung der Parteien

vielfach in die Hände von alten Routiniers aus früheren Zeiten geriet, die nichts aus den furchtbaren Jahren der Tyrannei gelernt hatten und mit denselben Fehlern begannen, die wesentlich zum Untergang der deutschen Republik 1933 mit beigetragen haben.

Auf dem festesten Boden stand von Anfang an die SPD, der erfahrene Parteipolitiker und -funktionäre und politische Temperamente, wie vor allen Dingen Schumacher, erhalten geblieben waren. Sie verfügte auch über genügend Rudimente alter Parteistellen, die von den Nazis nicht ganz hatten vernichtet werden können. Auch in dieser Partei finden naturgemäß interne Auseinandersetzungen statt, da wesentliche Teile, vor allem der Jugend, auf eine Revision des marxistischen Programms drängen. Diese Teile sind Träger von Hoffnungen, und in den Westzonen, zumal im britischen Sektor, wird die Arbeit der Partei durch den Umstand begünstigt, daß Großbritannien eine Labourregierung hat.

Die Liberal-demokratische Partei fußt gleichfalls auf alter Tradition, ohne daß ihre Vertreter, jedenfalls in der Ostzone, von den schöpferischen Bemühungen des neuen Liberalismus erfaßt wären, der sich in der Welt so kräftig regt.

Die KPD in den Westzonen hatte im Anfang gleichfalls Aussichten, da die Arbeiterschaft nicht durch die kommunistische Wirklichkeit und durch das Verhalten der Roten Armee belehrt war. Je mehr aber die Wahrheit über die Zustände in der Ostgrenze durchdringt, um so weniger kann die Partei noch mit Erfolg rechnen, obwohl sie ein unterirdisches Netz auch über die gesamten Westzonen ausgebreitet hat und es ihr gelungen ist, in alle Organisationen, die Verbindungen zum Ausland durch Liebestätigkeit haben, sowie in die Ämter, die in erster Linie den Publikumsverkehr pflegen, wie Arbeits- und Wohnungsamt, und sogar in die Parteibüros und Regierungsstellen ihre Vertrauensmänner einzuträufeln.

Die einzige Partei, die mit einem wirklich neuen Programm auftrat, war die CDU, die in einigen Ländern im Westen als CSU erscheint. Ihrem Programm lag

eine wahrhaft revolutionäre Parole

zugrunde, weil sie durch den brüderlichen Zusammenschluß der beiden Konfessionen eine historische Entwicklung in Deutschland rückgängig machen wollte, die nach der Reformation zu der so unheilvollen Spaltung und der Feindschaft zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen geführt hatte. Sie wollte den einzigen Gewinn, den die furchtbaren Jahre der Hitlerherrschaft uns gebracht hatten, in die Scheuern bergen, und ein wesentlicher Teil des katholischen und evangelischen Volkes bekannte sich zu dieser Parole.

Die politische Entwicklung ist andere Wege gegangen, so daß die CDU in den westlichen Zonen es nicht hat vermeiden können, daß

reaktionäre Elemente,

die wir nicht an der Oberfläche wiedersehen wollten, in die Partei eingedrungen sind, und daß die Partei im Westen ihre Augen gegenüber der unausweichlichen Forderung, weitgehende sozialistische Maßnahmen durchzuführen, verschloß. In Baden und in Bayern machen sich in der CSU Tendenzen bemerkbar, die einseitige katholische Interessen verfolgen, stellenweise, wie in Bayern, sogar unter ausgesprochener Benachteiligung des evangelischen Volksteils. Gerade dort gibt die Partei das schlechteste Beispiel, weil sie ihre internen Gegensätze, die meist sehr persönlich bedingt sind, vor dem Forum der Öffentlichkeit austrägt und in dem persönlichen Kampf auch sehr unschöne Methoden nicht verschmäht. Sie befindet sich in einer nicht mehr latenten Krise, wenn auch letzthin einige Gegensätze persönlicher Art wieder überkleistert wurden. Die Krise wird akut werden, und man darf dann erwarten, daß die Elemente, die innerlich zu einer integralen Bewahrung des einzigen fruchtbaren Grundsatzes nicht ja sagen, aus der Partei ausscheiden werden. Die Neugründung der Zentrumspartei wird allgemein als überflüssig empfunden, und die Ansicht ist verbreitet, daß ihre Gründung in erster Linie von Politikern erfolgte, denen es um Wiedergewinnung einer Stellung im politischen Leben aus rein persönlichen Gründen ging, die sie mit Recht in früheren Jahren verscherzt hatten.

Das Traurigste im deutschen Parteibetrieb ist aber, daß für sehr viele

die Partei Selbstzweck

und Instrument persönlicher Interessen sowie der Parteiapparat das Wesentliche bedeuten. Dadurch ist es gekommen, daß die Parteien sich nicht unter dem einen einzig fruchtbaren Gesichtspunkt zusammengeschlossen haben, gemeinsam der Not zu steuern, sondern in ihrer politischen Scheinwelt kleinlichste Parteikämpfe ausführen. Nur durch eine solche gemeinsame Arbeit hätten sie ihre Existenz rechtfertigen können. Ihr Versagen hierin hat in erster Linie dazu beigetragen, daß heute im Volke die Parteien sehr unpopulär geworden sind und eine politische Uninteressiertheit in weiten Kreisen eingetreten ist. Das deutsche Volk in seiner Not begreift nicht eine Haltung, die sich nicht ausschließlich um die Linderung dieser Not und um die Schaffung stabiler Verhältnisse bemüht. Statt daß die beiden größten Parteien, die SPD und die CDU, sich zu einer tragfähigen und festen Koalition zusammenschließen, halten es ihre Parteiführer für richtig, in der heftigsten und kleinlichsten Weise miteinander zu polemisieren. Eine einzige Ausnahme macht hierin Schleswig-Holstein unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lüdemann, der das schöne Wort gefunden hat von den «befreundeten Gegnern», einem Gewinn aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit. Hier ist auch zum ersten Mal nach englischem Muster der Versuch gemacht worden, den Führer der Oppositionspartei staatlich zu besolden.

Von kleineren Parteien fällt außer der Niedersächsischen Landespartei keine ins Gewicht. Versuche, eine konservative Partei zu gründen, die später einmal eine Notwendigkeit sein wird, sind skeptisch zu beurteilen, weil ausgesprochene reaktionäre Elemente hinter ihnen zu stehen scheinen.

Die Entwicklung in der Ostzone

war zwangsläufig. Gestützt auf die Rote Armee wurde eine Zwangsvereinigung zwischen KPD und den Anhängern der SPD durchgesetzt zu der sogenannten Sozialistischen Einheitspartei. Das hat dazu geführt, daß heute alte Sozialdemokraten, wie der Ministerpräsident Mecklenburgs, Höcker, und der Berliner Grotewohl sich mit Haut und Haaren dem Kommunismus verschreiben und die Gewaltherrschaft

ihrer Partei, die dem Terror der Nationalsozialisten nichts nachgibt, mitmachen mußten.

Die andern Parteien, LDP und CDU, haben nach anfänglichen Versuchen, ihrem Programm treu zu bleiben, in politischer Lähmung die Waffen gestreckt. Sie sind in jeder Weise benachteiligt, was Presse und jede andere Parteiarbeit angeht, und hoffnungslos kompromittiert durch die Teilnahme an dem Block der antifaschistischen Parteien. Mutige Männer wie Andreas Hermes und der frühere preußische Handelsminister Schreiber wurden unter russischem Druck von ihren Posten entfernt, weil sie für den Wahnsinn, wie die sogenannte Bodenreform durchgeführt wurde, nicht die Mitverantwortung übernehmen wollten. Der aner kennenswerte Versuch von Jakob Kaiser, trotz aller Schwierigkeiten einen Kurs zu steuern, der sich nicht allzu weit von dem ursprünglichen Programm der CDU entfernt, hat die Entwicklung doch dahin geführt, daß die Gefolgschaft im Lande und in Berlin ohne Verständnis den kompromißbereiten Maßnahmen gegenübersteht.

In der LDP ist der Konflikt ganz offen zum Ausbruch gekommen, da der Parteiführer Külz seinen Blamagen aus früheren Jahren neue hinzugefügt hat, die sein Ansehen unheilbar verwundet haben.

Es ist anzunehmen, daß die erste Linie

der Parteipolitiker schnell verbraucht

sein wird, und die bange Frage an die Zukunft ist eben die, ob ihre Nachfolger eine klare Linie werden steuern können. Im Lande ist man allgemein der Ansicht, daß bei der Kompromißfreudigkeit lediglich dieselben Fehler wiederholt werden, die 1933 zur Machtübernahme der NSDAP geholfen haben. Bei einer Revue der führenden Persönlichkeiten der Parteihäuptlinge entdeckt man kaum einen, der über ein bescheidenes Mittelmaß hinausreicht, Schumacher immer ausgenommen, der aber durch die Leiden der im Konzentrationslager verbrachten Jahre gesundheitlich stark gefährdet ist und manchmal am Ende seiner Kraft zu sein scheint. Wie kurzsichtig die Parteien arbeiten, zeigen die Vorgänge bei der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates in Frankfurt, wo rein parteiegoistische Interessen bei der CDU eine gute Zusammenarbeit mit der SPD verhinderten.

Wir sind weit entfernt von dem mit allen Mitteln zu erstrebendem Ziel, ein gesundes Parteiwesen zu entwickeln, in dem der politische Wille des Volkes zum Ausdruck drängte. Das deutsche Volk erwartet von den heutigen Parteien nur noch sehr wenig, besonders weil auch der Ausgang der Berliner Wahl im Oktober v. Js., der ein eindeutiges Bekenntnis für die Demokratie gegen jede Gewaltherrschaft bedeutete, zu keiner Änderung in den traurigen politischen Verhältnissen in Berlin geführt hat. Es ist kennzeichnend, daß sich außerhalb der Parteien eine

«Deutsche Wählergesellschaft»

gebildet hat, die die Einführung der Personenwahl fordert und Namen wichtiger Persönlichkeiten unter ihrem Aufruf vereinigte.

Wenn trotzdem eine Hoffnung bestehen bleibt, so gründet sie sich darauf, daß die Jugend fast aller Parteien, die durchweg in Opposition zu den gegenwärtigen Parteileitungen steht, miteinander Fühlung hält, sich kennen lernt über alle Parteischränken hinweg und infolgedessen die Möglichkeit schafft, wenn sie dran ist, dem großen Ganzen zu dienen und nicht ihrer Partei allein.